

# KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH

# Arbeiterereinheit statt Annexion

Zum 1. September 1990

## Wann begann der nächste Weltkrieg?

Oder: Ist das Ende der Nachkriegszeit  
womöglich das Ende der Zwischenkriegszeit?  
– eine zugegebenermaßen eigenwillige Betrachtung –

*Befriedigt sah der amtierende Bundeskanzler, welcher den Ehrgeiz hat, der erste gesamtdeutsche Kanzler zu werden, auf der Bonner Pressekonferenz am 17. Juli 1990 in die Zukunft: Befriedigt äußerte er sich dahingehend, „daß 50 Jahre nach dem Tag, an dem sowjetische Truppen zum ersten Mal das damalige deutsche Reichgebiet betreten haben im Kampf im zweiten Weltkrieg, die letzten sowjetischen Soldaten aus Deutschland abziehen werden“. Das arme Deutschland: Vor 46 Jahren also wurde ihm angetan, daß sowjetische Truppen sein Gebiet betraten, ohne daß ihnen Deutschland einen Grund dafür geboten hätte – zumindest keinen, den der deutsche Kanzler der Erwähnung für wert hält! Der bislang letzte gesamtdeutsche Kanzler hatte allerdings schon am 1. September 1939 erklärt, daß nunmehr „zurückgeschossen“ werde. Er meinte damit die Schüsse, die deutsche Soldaten auf deutsche Soldaten abgaben, die von der SS in polnische Uniformen gesteckt worden waren und der Welt einen polnischen Überfall auf den deutschen Sender Gleiwitz vorspielten. Die „zurückschießenden“ deutschen Truppen wurden bekanntlich erst vor Moskau gestoppt und befanden sich schließlich gegen insgesamt hundert andere Staaten im Krieg. Aber auch wenn schon der 1. September 1939 für Helmut Kohl so weit zurückliegt, daß er glaubt, davon keine Notiz mehr nehmen zu brauchen: Beginn der 2. Weltkrieg erst damals? Oder begann er nicht noch viel früher, als es der deutsche Kanzler wahrhaben will, der die „Gnade der späten Geburt“ beansprucht und wieder der erste Kanzler von 75 Millionen*

**F**ast nichts wird so oft behauptet wie dies: nämlich daß die DDR den Anschluß an die BRD wolle. Und inzwischen kann anscheinend auch mit dem Finger auf den Nahen Osten gezeigt werden, wo die Annexion eines ganzen Staates offensichtlich anders ausschaue. In der Tat sind es nicht nur „deutsche“ Waffen und Berater, die zur Annexion Kuweits benutzt werden (siehe hier auch den Artikel „Vaterland, das Öl und der Krieg“). Sondern die ganze Annexion hat was vom „Blitzkrieg“, mit dem der deutsche Imperialismus im zweiten Weltkrieg die Fortschritte gegenüber dem ersten demonstrierte. Aber die Arbeiter in Kuwait – und wo es Öl gibt, gibt es auch Arbeiter, die das Öl aus der Erde holen usw., und diese Arbeiter sind nicht in kuweitischen Fürstenhäusern untergebracht, sondern in Baracken – diese Arbeiter wurden nicht gefragt, nicht vom Irak, aber auch nicht von denen, die die Annexion Kuweits „anprangern“ und der Entsendung von Truppen in den Nahen Osten applaudieren. Die wirtschaftlichen Interessen der Menschen, die für die kuweitischen Fürstenherren und deren imperialistische „Geschäftspartner“ das Öl aus der Erde holen, sind eher so, daß sie keinen Grund haben, den Fürstenstaat gegen die Annexion zu verteidigen. Aber sie haben natür-

lich auch keinen Grund, den fürstlichen Ausbeutern andere Ausbeuter vorzuziehen. Es ist auf seine Weise verständlich, wenn Palästinenser jede Schwächung der Imperialisten und ihrer Handlanger begrüßen, und im Nein gegen den Aufmarsch der Imperialisten im Nahen Osten sind sie schon deswegen von uns zu unterstützen, weil die deutschen Kanonenbootpolitiker ja auch unsere Feinde sind. Aber die Palästinenser wissen aus eigener Erfahrung, daß die Befreiung der Arbeiter und unterdrückten Völker nur das Werk der Arbeiter und unterdrückten Völker selbst und nicht das Werk einer Annexion sein kann.

Das Regime in der DDR hat die Ursachen seines Sturzes im November vorigen Jahres auf jeden Fall soweit selbst geschaffen, daß es keiner Gewehre und Panzer bedurfte, um es zu stürzen. Die Behauptung, daß es der Sozialismus gewesen sei, der so seinen Sturz selbst herbeigeführt habe, können wir schon deswegen nicht teilen, weil wir die Behauptung dieses Regimes, daß es den Sozialismus weiter aufbaue, nicht geteilt haben. Aber ein in sich morsches Regime zu stürzen, braucht immer weniger Zeit, als sich über den entscheidenden Unterschied klarzuwerden zwischen dem, was man in der Tat beseitigt haben will,

*Deutschen sein möchte?*

Kriegsanfang und Kriegsende sind natürlich keineswegs identisch mit Kriegserklärung und Waffenstillstand oder Kapitulation.

Der 2. Weltkrieg begann, als der deutsche Imperialismus die erste Gebietseroberung machte. Das war Österreich, dessen Bevölkerung damit ebensowenig (oder ebensowenig!) einverstanden war wie die des 1935 einverleibten Saarlands. Aber im Falle des Saarlands war dem deutschen Imperialismus in dem Friedensvertrag, mit dem der 1. Weltkrieg abgeschlossen worden war, zugesichert worden, daß er es 1935 wiederhaben kann, wenn die Bevölkerung damit einverstanden ist. Für die Einverleibung Österreichs gab es dagegen keinerlei derartige Zusicherung.

Soweit zum Beginn des 2. Weltkriegs. Aber wann endet er? Einen Friedensvertrag gibt es bis heute nicht. Aber die von den Westmächten im Verein mit dem deutschen Imperialismus betriebene Gründung des Staates BRD markierte wohl auch das Territorium, das ihm tatsächlich zugestanden wurde. Und die Alternative dazu, nämlich die Erfüllung des Potsdamer Abkommens von 1945, gesteht dem deutschen Imperialismus noch erheblich weniger zu: nämlich eigentlich gar nichts. Denn das Potsdamer Abkommen verlangt zwar nur, daß in ganz Deutschland die Wurzeln von Faschismus und Krieg beseitigt werden; aber dies in ganz Deutschland zu tun, hätte die Beseitigung des deutschen Imperialismus (durch die deutschen Arbeiter) wahrscheinlich gemacht und war für ihn ebensowenig annehmbar, wie es für seine westlichen Bundesgenossen war, als sie den deutschen Imperialismus gegen die Sowjetunion brauchten. Auch dann, als es zwei deutsche Staaten gab, von denen nur der eine dem deutschen Imperialismus gehörte, dauerte es noch Jahre, bis der Kriegszustand mit Deutschland für beendet erklärt wurde. (1951 seitens der Westalliierten, 1955 seitens der UdSSR.)

Soweit zur bisherigen Geschichte, deren Fortsetzung wir nicht vorhersagen können. Nach den neuesten Plänen des deutschen Imperialismus könnte es allerdings durchaus sein, daß man später sagen wird: Der 3. Weltkrieg begann, als der deutsche Imperialismus die erste Gebietseroberung machte. Und das war, als er sich die DDR einverleibte, ohne daß ihm irgendeine friedensvertragliche Regelung das Recht dazu gegeben hätte. Mittlerweile ist die Liquidierung des Staates DDR ja auch schon auf den 3. Oktober vorverlegt worden. So sehr der deutsche Imperialismus dabei von der Stimmung in der DDR profitieren mag, die er mit seinen ökonomischen Maßnahmen selbst herstellt: Die Zustimmung der Einverleibten zur Einverleibung ändert nichts daran, daß mit der Einverleibung der DDR die Nachkriegszeit durch eine Gebietserweiterung des deutschen Imperialismus beendet wird und später einmal als das eigentliche Ende der Zwischenkriegszeit gesehen werden könnte.

Aber: In der Zeit zwischen der Annexion Österreichs im Jahre 1938 und dem Überfall auf Polen waren noch anderthalb Jahre Zeit, um den Krieg zu beenden, bevor er zur geschichtlichen Tatsache des 2. Weltkrieges wurde! Natürlich können wir nicht wissen, was gewesen wäre, wenn die Verhandlungen in Moskau schon 1938 zur Antihitlerkoalition geführt hätten. Aber sicher wäre das besser gewesen als die Tatsache, daß sie erst nach dem 1941 erfolgten Überfall auf die Sowjetunion gebildet wurde.

Heute ist vieles ganz anders. Oder vielleicht doch nicht so sehr? Sicher gilt heute eines ebenso wie damals: Nämlich daß zuallererst wir, die wir unzweifelhaft vom deutschen Imperialismus schon beherrscht werden, es sind, die sich gegen ihn zusammenschließen müssen! Es wäre nicht das Schlechteste, wenn später einmal gesagt würde: Der 3. Weltkrieg wurde beendet, bevor er richtig losging.

K. Sandra

und dem, was man nicht beseitigt bzw. auf jeden Fall nicht durch Schlechteres ersetzt haben will! Wer weiß, was wäre, wenn der Bevölkerung in der DDR diese Zeit gelassen würde. Hinweise darauf gibt es. Interessanterweise sind es gerade diejenigen, die vor Jahresfrist noch dafür hochgelobt wurden, daß sie alles „ins Rollen“ gebracht haben, die Menschen um das „Neue Forum“ usw. – interessanterweise sind es gerade

die, die ganz und gar nichts von einer „Vereinigung“ mit der BRD halten. Auf der anderen Seite wird alles unternommen, um der Bevölkerung in der DDR keine Zeit zu lassen, um zu unterscheiden zwischen dem, was sie will, und dem, was sie nicht will. Aber natürlich darf man hier nicht von „Blitzkrieg“ sprechen, denn es rollen keine Panzer und fliegen keine Flugzeuge. Aber der DDR geht es offensichtlich wie einem Hausbesitzer,

der sich sein Haus von Brandsachverständigen untersuchen und sanieren lassen will, weil es sonst jeden Augenblick in Flammen aufgehen könnte, und der feststellen muß, daß es überall dort kokelt, wo diese „Experten“ am Werk waren, und dem die Experten erklären: Sie sehen ja selbst, lieber Herr, daß Sie uns noch mehr brauchen, als Sie dachten... Unzweifelhaft ist es eine äußerst wirksame Methode, die Brandanfälligkeit eines Hauses mit Hilfe eines Streichholzes zu untersuchen! Die Philosophen nennen es die Methode von „Versuch und Irrtum“, die Wirtschaftswissenschaftler nennen es „Freie Marktwirtschaft“. Nur eines wird bei dieser „Hilfe“ ganz und gar nicht sichtbar: die Fähigkeit, das traktierte Haus in Stand zu setzen.

Alles übertrieben? Ja, was erwartet man denn, wenn sich westdeutsche Unternehmer die ganze Handelsorganisation in der DDR unter den Nagel reißen und dann die DM eingeführt wird? Es ist doch klar, daß in den Regalen dann westdeutsche Waren liegen werden, und die DDR-Betriebe samt ihren Arbeitern sehen können, wo sie bleiben. Und es ist doch nur Hohn, wenn behauptet wird, das würde „nach der Vereinigung“ besser. Die westdeutschen Großkapitalisten werden sich gegenüber den ganzen „ostdeutschen“ – manche sagen ja auch gleich „mitteldeutschen“, um kein Mißverständnis über ihre Ansprüche aufkommen zu lassen – Betrieben genauso verhalten, wie sie sich bisher und hierzulande

gegenüber den Betrieben verhalten, die sie niederkonkurriert haben mit der Folge eines nunmehr seit Jahrzehnten existierenden Millionen-Arbeitslosen-Heeres. Um jemanden niederzukonkurrieren, investiert man doch keine müde Mark in ihn, sondern sorgt dafür, daß die Banken auch noch den Würgegriff ansetzen. Am „Schluß“ kriegt man den Laden geradezu nachgeschmissen, und auch wenn man ihn dann gnä-

**„Der Wunsch aller Deutschen geht in Erfüllung. Deutschland erhält wieder einen Kanzler.“**

**Wieso „wieder“? Ach so, 1945 hatte Deutschland nicht nur den Krieg, sondern auch seinen bislang letzten Kanzler verloren. Es hatte ihn bekanntlich am 30. Januar 1933 „erhalten“.**

**Wenn Ihnen, lieber Leser, dieser Hinweis „zu weit geht“, dann wenden Sie sich bitte nicht an uns, sondern an die DSU oder besser noch an die CSU. Denn der Vorsitzende dieser CSU-Schöpfung, der DSU-Vorsitzende Hansjoachim Walther war es, der am 8.8.90 oben zitierten Wunsch mit bebender Stimme ins Mikrofon der Volkskammer der DDR hauchte.**

wieder aufbauen dürfen, dann tritt das Wunder ein: das „Wirtschaftswunder“. Aber wenn sich die Kapitalisten im Zeitalter des Imperialismus ein ganzes, bisher noch einigermaßen lebensfähiges Land unter den Nagel reißen und ausbeuten können, dann „entwickelt“ sich eines bestimmt nicht, nämlich die dortige Wirtschaft und die Fähigkeit dieses Landes, sich aus eigener Kraft zu ernähren. Die ganze sogenannte 3. Welt inklusive „Entwicklungshilfe“ zeugt davon. Und wenn man ein bißchen nachdenkt, ist klar, daß dieser ganze Mechanismus nicht weniger, sondern noch mehr zur Geltung kommt, wenn sich sogar das Niederkonkurrieren erübrigt, weil man den Besitz durch die staatliche Vereinigung ganz umsonst bekommt: allen voran diejenigen, die nach 1945 einhellig als Kriegsverbrecher kenntlich gemacht wurden und nun das Papier aus der Tasche ziehen, mit dem sie ihren Anspruch auf Milliardenwerte in der DDR „beglaubigen“.

Nein, aus einer einverleibten DDR wird kein „blühender Teil“ eines „deutschen Vaterlands“, sondern ein Exempel für die alte Aussage des Kommunistischen Manifests, daß der Kapitalismus einmal noch so weit kommen wird, daß er seine eigenen Arbeiter nicht ernähren kann. Und deswegen und nicht etwa als produktiver Faktor werden weitere westdeutschen Steuermilliarden nötig sein. Aus einer DDR, die immerhin unter den ersten zwölf Industriestaaten war, würde etwas, was in

# Deutschland – ein kurzer Prozeß

**D**er Vorgang selber ist keineswegs einmalig. Einmalig ist nur, daß er durch die Blödigkeit der Geschäftsstelle des Verwaltungsgerichts Ansbach jetzt aufgekommen ist. Immerhin verhilft diese Blödigkeit uns zu einem vertieften Verständnis der Mechanismen deutscher Rechtsfindung:

Halim Saglam, geflohen aus Kurdistan, auf der Suche nach einem besseren Leben oder doch wenigstens Asyl in unserem Land, hat am 10. August 1990 einen Termin zur Verhandlung seines Asylantrags vor dem Verwaltungsgericht Ansbach, 11. Kammer. Doch schon zwei Wochen vor seiner mündlichen Verhandlung ist klar, daß er da nicht mehr hinzugehen braucht. Das Urteil, in dem Halim Saglams Antrag „aufgrund mündlicher Verhandlung vom 10. August 1990“ abgewiesen wird (und das seinem Rechtsanwalt irrtümlich schon am zweiten August zugestellt wurde), hat Asylrichter Roland Voigt schon Wochen vorher fertig und praktischerweise auch gleich tippen lassen: Im Namen des Volkes.

Dem Richter Voigt steht zur Vorurteilsfindung modernste Technik zur Verfügung:

„Nicht einmal der Urteilstext ist eine Eigenleistung der Richter. Die meisten Asylkammern verfügen über Rechtscomputer, die nach Eingabe einer Ziffernfolge die Argumentationsbausteine (meist) in der richtigen Reihenfolge ausspucken. Der Richter muß nur noch unterschreiben.

Die Anwesenheit eines Asylbewerbers stört da nur.“ (Spiegel 32/90)

Asylrichter Voigt hat vieles gesehen in seinem 39jährigen Leben. Und so weiß er schon im Voraus, daß auch der Kurde Halim Saglam in der mündlichen Verhandlung am 10. August nur wieder das vorbringen wird, was tausend andere Halim Saglams vor ihm schon vorgebracht haben, was sie alle und immer wieder in ermüdender Gleichförmigkeit vorbringen:

Der Tod ist ein Meister aus Deutschland, wird der Kurde in seiner blumigen Sprache sagen, und deutsches Giftgas hat 5000 unserer Mütter und Kinder, Männer und Frauen in der Stadt Halabja getötet, und euere Gewehre sind es, wird er sagen, euere Kredite, euere Staudämme, die uns das Brot nehmen, die Berge und die Freiheit.

Der Asylrichter Voigt ist es leid, den Salim Haglams dieser Welt immer und immer wieder zu sagen, daß er ihnen ihren Hunger und ihre Verfolgung nicht glaubt, von Amts wegen schon gar nicht glauben darf. Deswegen drückt er den Knopf seines Rechtscom-

puters und läßt den vorgefertigt ausdrucken, daß der Halim Saglam genauso verstockt und unbelehrbar ein besseres Leben im deutschen Vaterland des Roland Voigt sucht wie tausend andere vor ihm und tausend andere nach ihm:

„Der Kläger muß es sich zurechnen lassen, wenn er nur schriftlich irgendwelche Behauptungen vorträgt und das Gericht dadurch keine hinreichende Gewißheit von der Glaubwürdigkeit des Klägers gewinnen kann.“ (Spiegel 32/90)

Die Glaubwürdigkeit der Giftgasproduzenten steht dem Richter Voigt und seinem Computer dagegen schon von Amts wegen hinreichend außer Zweifel.

Die Bestialität ist programmierbar geworden. Sie paßt nun Gottseidank in einen handlichen Textautomaten. Die Schreibtischtäter tun ihre Pflicht mithilfe eines Rechtscomputers. Der Fortschritt marschiert. (Wird der Lafontaine-Vorschlag verwirklicht, das Grundrecht auf Asyl faktisch dadurch zu streichen, daß Asyl nur noch denen gewährt wird, die die Regierung der Giftgasproduzenten für ausreichend politisch verfolgt hält, dann wird man auch die Textbausteine des Rechtscomputers noch drastisch zusammenstreichen können.)

Nachdem die Sache aufgekommen war, hat sich der Richter Voigt für befangen erklärt, „jedoch nicht deshalb, weil er das Urteil vorher abgefaßt hatte, sondern wegen der Presseberichte“.

(Frankfurter Rundschau 11.8.90)

Und während der Freistaat Bayern noch damit beschäftigt ist, mithilfe der Argumente, die Voigts Computer ausspuckt, den Kurden Halim Saglam auszuspucken, kann Richter Voigt seinen Wirkungskreis schon mal enorm ausdehnen:

„Wie aus Kreisen des Bayerischen Verwaltungsgerichts Ansbach verlautete, gehört der 39jährige Voigt zu fünf Ansbacher Richtern, die zum Aufbau einer Verwaltungsgerichtsbarkeit in die DDR abgeordnet werden. ... Die in der DDR neu zu errichtenden Kammern sollen jeweils mit zwei Richtern aus der DDR und einem Richter aus der Bundesrepublik besetzt werden. Die westdeutschen Richter in der DDR erhalten neben ihren bisherigen Bezügen eine zusätzliche Aufwandsentschädigung.“ (Frankfurter Rundschau 11.8.90)

Die Halim Saglams haben beim Richter Voigt schon lernen müssen, was die DDR auch noch lernen wird: Deutschland – ein kurzer Prozeß.

F. Behrend

der Tat den Namen „Schutzgebiet“ verdient. Das klingt pervers und ist es auch, aber so neu auch nicht, wenn man's übersetzt. Vor einem dreiviertel Jahr fanden es manche vielleicht als zu weit gehend, als in einer Flugschrift von uns von einem „Protektorat“ gesprochen wurde, also jener Ausdruck benutzt wurde, mit dem die Nazis das einverleibte „Böhmen und Mähren“ betitelten. Mittlerweile spricht selbst das „Neue Deutschland“, das weiß Gott nicht als „Feind der Einheit“ erscheinen möchte, von der Gefahr, daß aus der DDR ein Protektorat wird.

Was also will die DDR selber? Auf jeden Fall soll sie ja nicht einmal das bekommen, was ihr Finanzminister wollte, nämlich daß die „neuen“ Bundesländer dasselbe Recht auf einen Finanzausgleich wie die BRD-Länder bekommen sollen. Er bestand darauf, wurde aus Bonn dafür beschimpft und vom DDR-Ministerpräsidenten entlassen. Aus Bonner Sicht – und das ist es, was unter anderem hinter dem Gerede steckt, daß das „größere Deutschland“ eine föderalisti-

sche Struktur haben soll – ziemt sich offensichtlich nicht einmal solche Gleichberechtigung für das Schutzgebiet. Seine permanente Willfährigkeit soll eben auch dadurch hergestellt werden, daß es kein Recht auf solche Mittel hat, sondern darum betteln muß! Vielleicht geht es vielen in der DDR inzwischen so wie ihrem Ministerpräsidenten, der sich so seltsam und widersprüchlich anstellt, daß man zeitweise nicht mehr recht wußte, ob er den „Anschluß“ herbeiführen oder „stören“ wollte. Von der SPD-Führung weiß man leider nur zu genau, daß sie ihn lieber heute als morgen will und sich nur noch in wahltaktischen Fragen mit Kohl streitet.

Was uns betrifft: Wir waren und sind gegen die Annexion der DDR, gegen ihre Einverleibung durch den deutschen Imperialismus. Und schon weil er unser Feind ist, nehmen wir uns das Recht heraus, gegen die Einverleibung der DDR zu sein, auch wenn sich die DDR nicht dagegen wehren sollte, gefressen zu werden. Aber wir sind natürlich bereit, auch mit jedem an einem

Strang zu ziehen, der der DDR wenigstens die Zeit einräumen möchte, die sie braucht, um es sich zwei- oder dreimal zu überlegen, ob sie denn tatsächlich verschlungen werden will! Oder ob nicht die Existenz zweier deutscher Staaten, deren Arbeiter sich allerdings im Kampf gegen den deutschen Imperialismus verbünden sollten, für sie und die Völker der Welt immer noch weit eher zu „ertragen“ ist als ein „Großdeutschland“ ... Und blickt dabei durchaus auch auf den „Nahen Osten“. Aber mit offenen Augen, damit Euch das „made in Germany“ sowie die imperialistische Machart und Urheberschaft auch dieses, unzweifelhaft stattfindenden Krieges nicht entgeht. Und denkt an Euch selber so, wie Ihr an die Öl-Arbeiter in den Baracken des Kuweit denken solltet! Laßt Euch nicht von anderen sagen, was Ihr wollt, sondern prüft die Lage, auch wenn's noch arg fern erscheinen mag, wenn wir mit Brecht sagen: „Wer seine Lage erkannt hat, wie sollte der aufzuhalten sein.“

TSB

**M**itten in Bayern liegt das Dorf Schrobenhausen. Hier findet man Frieden, Föhn und den berühmten schrobenhausener Spargel. Erdöl findet man hier nicht. Was auch seine Vorteile hat. Denn so tobt der Krieg ums Öl wenigstens nicht im friedfertigen Schrobenhausen, sondern ziemlich weit weg im Süden, weit genug jedenfalls, damit wir in Bayern die gefallenen Iraker und Kuwaitis nicht direkt mit ansehen müssen.

## Djihad in Schrobenhausen

Der Djihad, der Heilige Islamische Krieg des irakischen Diktators Saddam Hussein wird nicht in Schrobenhausen geschlagen, sondern in Bagdad und Basra, in Amman und Riad.

Aber gewonnen wird er trotzdem in Schrobenhausen. Auf jeden Fall und heute schon und ganz gleich, wie er am Ende ausgeht.

Denn hier in Schrobenhausen sind zum Beispiel Raketen entwickelt worden, erst für Ägypten, dann für den Irak:

„... eine Rakete von 120 Kilometern Reichweite, drei Sprengköpfe inklusive. Auf dem MBB-Testgelände in Schrobenhausen waren die Raketenköpfe bereits erprobt worden – es handelte sich um einen herkömmlichen Sprengsatz, um einen Behälter für verschiedenartige Streumunition und um eine Benzinbombe, die ihren flüssigen Inhalt als Aerosol ganz fein in der Luft verteilt und bei der Zündung eine Druckwelle erzeugt, die der eines kleinen Atomsprengkopfes gleicht.“

(Spiegel 18/1989)

In Schrobenhausen und München, in Stuttgart und Saarbrücken, überall in unserer friedlichen und kühlen Bundesrepublik sitzen die Gewinner des heißen Wüstenkriegs:

Die Giftgasfabrikanten, die Herren mit den sauberen Westen und den blutigen Aktienbündeln: Siemens und Karl Kolb, Walter-Thost-Bau und MAN, Daimler und Rheinmetall – da ist keiner, der nicht schon Milliarden verdient hätte und jetzt wieder verdient am Völkermord.

„Kaum ein anderes Land hat den Irren aus dem Nahen Osten so flächendeckend mit hochgefährlichem Zeug ausgestattet wie die Bundesrepublik. Beim Bau von Raketen, die bis nach Israel reichen sollen und sogar bei der Entwicklung und Produktion einer eigenen Atombombe haben Firmen aus der Bundesrepublik mitgeholfen.“

Der Staat mit der viertgrößten Armee der Welt, der in der Rüstung autark werden will, konnte sich auf die größte Exportnation der Welt verlassen. Die Deutschen sind hochgeschätzt als Dozenten im Militärforschungszentrum Saad 16, wo in den letzten Jahren zeitweise 38 deutsche Firmen ausbildeten, sie sind als Ingenieure und Techniker bei der Waffenproduktion in Tadschi und anderswo unverzichtbar geworden.“ (Spiegel 33/1990)

Den „Irren“ und den „Hitler des Nahen Ostens“ nennen sie Saddam Hussein. Daran ist jedenfalls soviel wahr: Sein Handwerk hat er auch bei den Erben des 3. Reichs gelernt. Seine Piloten und Offiziere werden in Giftgaskrieg und Annexion anderer Staaten bei der Bundeswehr ausgebildet.

Ein gewisser Herr Al Kadhi hat – nicht nur auf eigene Rechnung, nicht nur auf Rechnung der Firma Preussag, sondern im durchaus amtlichen Auftrag des Bundesnachrichtendienstes – die in Auschwitz gewonnenen und inzwischen perfektionierten Erfahrungen bei der Produktion und flächendeckenden Anwendung von Giftgas an Saddam Hussein verkauft. (Spiegel 33/90)

Und auch in Sachen propagandistische Aufrüstung hat Saddam Hussein sich einiges anschauen können: „Irak und Kuwait sind ein Volk“ tönt der „Befreier der arabischen Nation“, der die Grenzen zu Kuwait und Saudiarabien nie anerkennen wollte. Ein Öl, ein Volk, ein Führer – so ähnlich hieß es auch hier mal. Und so ähnlich klingt es heute wieder.

## Wir sind wieder Wehr und Waffen

Im Golf geht es um mehr als um milliardenteueres Mordwerkzeug, das man zum Zwecke des flotteren Absatzes praktischerweise gleich an beide Seiten der Front verkauft. Auf dem Rücken der arabischen Völker soll die Frage beantwortet werden: Wer ist die „Schutz“macht im Nahen Osten? Wer ist die „Schutz“macht des demokratischen Öls? Wer ist der Geschäftsführer bei der Ausbeutung der arabischen Völker? Bisher war das in erster Linie die USA. Ihr Hauptkonkurrent war die Sowjetunion. Doch die Verhältnisse haben sich geändert: Die Siegermächte des 2. Weltkriegs (– Helmut Kohl: „Ich mag das Wort Siegermächte nicht!“ Spiegel 5.3.1990 –) müssen zuschauen, wie der Verlierer des 2. Weltkriegs, der deutsche Imperialismus, ihnen die Vorherrschaft streitig macht, wirtschaftlich schon lange, jetzt aber auch politisch und militärisch. Schließlich ist man doch gleichberechtigt, hat demnächst ein einig Vaterland und als solches genauso weltpolitische Verantwortung wie andere auch.

Bei dem ganzen abendländischen Gedrängel um die besten Plätze beim gemeinsamen Zielschießen auf den Diktator Saddam Hussein (den man selbst zu dem gemacht hat, was er heute ist), will auch die Bundesrepublik ihren „ganz normalen“ Platz: Sie schickt die Bundesmarine mit Minensuchbooten ins Mittelmeer, besser noch, auch darüber denkt man schon laut nach, gleich in den Golf. Und wenn das Grundgesetz das verbietet, hat der Herr Hauser von der CDU schon getönt, na dann, Gott befohlen, ändern wir halt das Grundgesetz. (FR, 13.8.90) Und damit die Welt

weiß, was gemeint ist, sollen die Verfassungsartikel, die einer grenzenlosen Kanonenbootpolitik noch im Weg stehen, im Zuge der Einverleibung der DDR fallen. Bei der Gelegenheit braucht man eh eine großzügigere Verfassung.

Schon droht Herr Stoltenberg mit einer „europäischen Streitmacht“. Die steht dann – im Gegensatz zur Nato – nicht mehr unter amerikanischem, sondern, ja was wohl, unter deutschem Oberkommando.

In der „Welt am Sonntag“ nennt Herr Stoltenberg es problematisch, daß „auf Jahrzehnte hinaus fast ausschließlich die USA ein wirksamer Faktor gegen politisches Abenteuerertum und Invasionen in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas“ waren. Wenn man über die politische Union Europas spreche, müsse man sich auch mit dem Konzept einer militärischen Union Europas befassen. (Welt am Sonntag 12.8.90) Selbstverständlich haben einige führende Herren der SPD, an denen das einzig Rote die vaterländisch glühenden Ohren sind, heftig Beifall geklatscht.

Wie wird das Öl, wie wird die Welt, wie wird die Ausbeutung der Völker neu verteilt unter die Mineralölbranche, unter die Stahlkartelle, unter die Giftgasmonopole – das ist die Frage, die die Gefallenen des Golfkriegs gefälligst beantworten sollen. Diese Frage stellt sich heute im Nahen Osten, morgen vielleicht in Indien, übermorgen in Lateinamerika. Solange dafür in Bagdad geschossen und gestorben wird und nicht in Schrobenhausen, solange ist kein Grund zur Aufregung?

## Frieden gibt es nicht umsonst

Die Kollegen von Saarstahl in Völklingen hat niemand gefragt, ob sie vielleicht einverstanden sind damit, daß ihr Betrieb sich saniert und ihre Arbeitsplätze „rettet“ durch Kriegsstahl für Saddam Hussein (Spiegel 33/90). Niemand hat sie gefragt, ob sie einverstanden sind, daß ihr Tariflohn in ersticken kurdischen Bauern, in erschossenen kuweitischen Ölarbeitern abgerechnet wird. Aber wie genau haben sie es wissen wollen? Aber wie genau haben wir es denn wissen wollen?

Niemand fragt uns, ob wir die Wahl wollen, vor die uns dieses System stellt: Entweder Arbeit für den Völkermord oder gar keine Arbeit.

Niemand fragt uns, außer wir selber fragen uns. Und wir müssen uns fragen, ob wir diese Wahl wollen. F. Behrend

# Vaterland das Öl und der Krieg



**Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD**

Flugschrift der Kommunistischen Arbeiterzeitung · Druck und Verlag: Das Freie Buch, Tulbeckstr. 4, 8 München 2